

5. Veranstaltungen des Instituts

a) Arbeiterbewegung und politische Emanzipation in Deutschland. Ein Beitrag zur Preußendebatte.

Das IGA will mit seiner Ringvorlesung einen kontrapunktischen Beitrag zu der ins konservativ-autoritäre Feld abgleitenden Preußen-Debatte leisten. Angesichts der gegenwärtigen "Preußenwelle" erscheint es dringend geboten, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Arbeiterbewegung einen grundlegenden Bestandteil der politischen Tradition der Bundesrepublik bildet. Ihr Denken und Handeln waren zwar durch die preußisch-deutsche Situation beeinflusst, doch formierte sie sich bewußt als Gegenkraft gegen den preußischen Staat und die in ihm verkörperten reaktionären und autoritären Traditionen.

Beide Aspekte - die Prägung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch die politische Kultur Preußens wie der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Veränderung des preußisch-deutschen politischen Systems - werden in den einzelnen Vorträgen der Ringvorlesung thematisiert, für die namhafte Wissenschaftler des In- und Auslandes gewonnen werden konnten.

Die Podiumsdiskussion über die "Aufgaben der organisierten Arbeiterbewegung im Sozialstaat der Bundesrepublik" wird in erster Linie den zentralen Beitrag der organisierten deutschen Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Sozialstaatsprinzips in der Bundesrepublik behandeln. In diesem Zusammenhang werden die verbreitenden Tendenzen diskutiert werden müssen, das vielzitierte "soziale Netz" konfliktfrei zu konzipieren, d. h. den gewerkschaftlichen Einfluß zurückzudrängen bzw. für überflüssig zu erklären.

In dieser Diskussion, die ihre besondere Aktualität durch die gegenwärtige ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik und die unterschiedlichen politischen Vorstellungen zur Lösung der Finanzkrise erhält, werden Vertreter aus Politik und Wissenschaft teilnehmen.¹

Shlomo Na'aman

Lassalle - ein roter Preuße?

Vortrag Bochum = 21. Oktober 1981

Der Schwerpunkt unseres Themas "Lassalle - ein roter Preuße?" liegt auf dem Fragezeichen; denn unsere Absicht ist es nicht, Lassalles rotes Preußentum zu behaupten, womit sein borussisches soziales Königtum gemeint sein könnte, sondern ein hypothetisches rotes Preußentum zu erwägen. Wenn ich richtig sehe, so ist mit der Ringvorlesung der Universität Bochum ein "Beitrag zur Preußendebatte" gemeint, die die Arbeiterbewegung als Emanzipationsbewegung thematisiert und damit neue "Aspekte des Preußenbildes" behandelt, die in dem Symposium "Das Preußenbild in der Geschichte" der Historischen Kommission zu Berlin nicht im Mittelpunkt standen.¹ Mit Hilfe meines Fragezeichens hoffe ich, einige einleitende Fragestellungen zum Thema Arbeiterbewegung und Preußendebatte formulieren zu können und somit unsere Ringvorlesung sinnvoll zu eröffnen.

Das Schlagwort vom roten Preußen ist eine journalistische Erfindung (Leopold Schwarzschild) und war ursprünglich auf Karl Marx gemünzt.² Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß es im Hinblick auf Marx einfach sinnlos ist; denn für diesen war bei seinem Rheinpreußentum immer das Rheinland ausschlaggebend,³ und wenn Bakunin Marx als autoritären Preußen diffamierte, so, weil er einfach preußisch und deutsch gleichsetzte.

1) Vgl. Gesamtübersicht der Vortragsreihe. S. 8 ff.

Mit dem Zögling eines Breslauer Gymnasiums, Ferdinand Lassalle, steht die Sache anders. Sein grundlegendes geschichtliches Erlebnis war nicht die französische Revolution wie bei Marx, sondern die preußische Reformzeit, und wenn auch für ihn noch im Jugendalter die französische Revolution zum intellektuellen Grunderlebnis wurde,⁴ so ist doch die erste Prägung die Entscheidende: Lassalle als roter Preuße wäre denkbar. Das bedeutet noch keineswegs, daß Lassalle in der Tat ein roter Preuße war, auch wenn Marx und Engels wie auch Wilhelm Liebknecht ihm diese Beziehung gern zugeeignet hätten.

Ein roter Preuße kann niemals ein naturwüchsiger, naiver Preuße sein, wie Lassalles "schwarz-weißer Papa" Heyman, der wohl ein gemäßigt liberaler Stadtverordneter war, aber sich immer bewußt war, daß nur preußische Ordnung und die Autorität der preußischen Behörden seine Familie und sein Vermögen vor Pogromen beschützen könnten.⁵ Für ihn war Ruhe nicht nur die erste Bürgerpflicht, sondern auch die erste Bürgertugend, und erst in weitem Abstand davon kamen die anderen Ideale, die deutsche Einigung nicht ausgenommen.

Lassalle konnte sich nie naiv für einen roten Preußen halten, etwa so, wie einer seiner bedeutenden Nachfolger im Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein, Wilhelm Tölcke, für den Sauberkeit und Disziplin, wie sie die preußische Schule anerzogen, immer maßgeblich blieben und der in der preußischen Bourgeoisie letztlich auch Schädlinge für den preußischen Staat sah.⁶ Gerade weil Lassalle strenger Hegelianer war und zeitlebens blieb, konnte er wohl ein bewußter Preuße sein (sollte er das wollen), aber kein naiver Preuße, konnte er wohl anerkennen, daß Preußen unter den bestehenden deutschen Staaten einem reinen Vernunftstaat am nächsten kam, aber konnte er sich nicht unbesehen der Macht der preußi-

schen Bürokratie beugen, sondern sich nur als Wegweiser für den preußischen Staat ansehen, der von der Warte des Begriffs, den preußischen Staat zu seiner Bestimmung führt. Seine Schriften und Briefe über die Wehr- und Verfassungsfragen sind von diesem Ethos getragen.⁷

Es ist üblich, in der Frage der deutschen Einigung zwei Grundpositionen zu unterscheiden, die groß- und die kleindeutsche. Diese Klassifizierung ist zeitgenössisch und gut belegt, und es ist gegen sie nichts einzuwenden, solange sie auf die Konstitutionellen (sie sog. Gothaer), die verschiedenen Schattierungen der Liberalen und die gemäßigten Konservativen (die Ultras "machten nicht mit") angewandt wird, und diese repräsentierten tatsächlich die 'öffentliche Meinung'. Großdeutsch bedeutet die Aufrechterhaltung des Deutschen Bundes unter Einschluß Österreichs, allerdings nach gewissen Reformen, so daß Deutschland prinzipiell eine Konföderation bleiben würde und sich höchstens einer girondistischen Föderation annähern würde; kleindeutsch bedeutete den Ausschluß Österreichs und eine straffere Zusammenfassung durch ein einheitliches Parlament und ein einheitlich kommandiertes Heer, was praktisch die preußische Spitze bedeutete, verkörpert in der Dynastie Hohenzollern. Sobald aber diese Klassifizierung auf die revolutionäre Demokratie Anwendung findet (zu unterscheiden von der Liberaldemokratie), verstellt sie den Blick für die spezifischen Auffassungen.

Für die offizielle öffentliche Meinung, wie sie durch die Abgeordneten und die Zeitungen vertreten wurde, war der Ausgangspunkt für jede politische Neuordnung der deutsche status quo, den die Großdeutschen möglichst schonen wollten und die Kleindeutschen durch legalistische Praktiker, aber keineswegs offen revolutionär, angreifen wollten.

Dieser status quo, bei den revolutionären Demokraten die "deutsche Misere" benannt, bestand für diese nur als Faktum und de facto, und war mit Gewalt aus der Welt zu schaffen. Das Vertragssystem von 1815 und mit ihm der Deutsche Bund waren durch Krieg und Revolution zu beseitigen. Das war der Grund, warum das Jahr des italienischen Krieges 1859 für Leute wie Marx, Engels, Heß und Lassalle eine neue Schaffensperiode einleitet.⁸

Nachdem im Frühjahr 1848 die europäische Revolution ausgebrochen war, hatten die Kommunisten ihre 17 Forderungen formuliert, die als Lösung der revolutionären Demokratie anerkannt sein wollten und deren erste Forderung lautete: "Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt," die in der zweiten und dritten Forderung durch das demokratische Stimmrecht und in der vierten durch die allgemeine Volksbewaffnung untermauert wird.⁹ Diese Volksrevolution hätte sich im Bewegungsjahr 1848/49 nicht durchgesetzt, und deshalb hatte sich die Marxsche "Partei der Neuen Rheinischen Zeitung" konsequent jeder politischen Konstituierung in dem geographischen Raum widersetzt, der nach der Auffassung der Partei bestimmt war, den Rahmen für die Konstituierung Deutschlands zu bilden.

Die gleiche Haltung veranlaßte Marx und Engels im italienischen Krieg, die Erhaltung der Habsburg-Monarchie zu vertreten. Jede Konstituierung Italiens oder eines der Balkanvölker auf dem Gebiet der Habsburger hätte lebenswichtige Teile wie z. B. Triest, dem künftigen deutschen Wirtschaftsraum entzogen. Äußerlich mochte dieses maximalistische Großraumkonzept dem konservativen Großdeutschlandkonzept ähneln, inhaltlich ist es von ihm grundverschieden,¹⁰ auch wenn es ein taktisches Lavieren z. B. mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung erlaubte.

Lassalles Auffassung ist der Marx-Engelschen entgegengesetzt, und wenn deren Auffassung der großdeutschen ähnelt, so die Lassallesche der kleindeutschen.

Lassalle verlangt die gewaltsame Zertrümmerung des Habsburgerstaates durch Freisetzung der unterdrückten Nationalitäten, wobei er sogleich bereit ist, Triest den Italienern zu überantworten.¹¹

Während Marx und Engels den status quo erst durch eine in weiter und unbestimmter Entfernung liegende demokratische Revolution zertrümmern wollen und bisdahin den revolutionären Attentismus verlangen, sucht Lassalle, ohne die demokratische Revolution abzuwarten, nach Wegen, den status quo direkt anzugreifen. Er verlangt den Offensivkrieg gegen Dänemark, um Schleswig-Holstein für Deutschland sicherzustellen und sieht in einem solchen Nationalkrieg den Hebel zur Stärkung der erschlafften Demokratie.

- "Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintrigen - möge sie erst mit dem fait accompli vor den Bund treten ... Und wagten intrigante Kabinette eine undeutsche Gesinnung an den Tag zu legen, so wäre der Augenblick da, daran zu erinnern, daß schon einmal ein König von Preußen die feierliche Erklärung unterschrieben hat: 'Jeder deutsche Fürst, der dem Aufruf zur Befreiung nicht Folge geben wird in einem fixierten Zeitraum, wird mit dem Verlust seiner Staaten bedroht werden.'"¹² - Damit ist der Weg der Mediatisierung der deutschen Staaten angedeutet, den auch ein nicht-sozialistischer Demokrat wie Arnold Ruge zu gehen bereit war.¹³

Für Lassalle ist die gewalttätige Vergrößerung und Einigung Deutschlands durch Preußen keineswegs der Endpunkt der Entwicklung: Der Endpunkt bleibt die demokratische Revolution, die er allerdings nur andeutet, deren Schatten jedoch deutlich genug über dem nachfolgenden Absatz liegt: "Und möge die Regierung dessen gewiß sein. In diesem Kriege, der ebenso sehr ein Lebensinteresse des deutschen Volkes als Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen und alle Hindernisse vor ihm zu Boden werfen mit einer Expansivkraft, wie ihrer nur der berauschte Ausbruch einer nationalen Leidenschaft fähig ist, welche seit fünfzig Jahren komprimiert in den Herzen eines großen Volkes zuckt und zittert."¹⁴

Ist das kleindeutsch; bedeutet das die preußische Spitze? Marx und Engels behaupteten das emphatisch,¹⁵ sie sagten noch mehr: Das sei kleindeutsch mit bonapartistischer Spitze, ein gefährliches modernistisches Konzept, das Verwerflichste vom Verwerflichen. Aber das war ihr Parteistandpunkt, den sie parallel dem Vorgehen gegen die Willich-Schapperische Abweichung vertraten. Das ist der Kampf des Attentismus gegen die revolutionäre Ungeduld.

Kleindeutsch bedeutet, wenn man das Formelle beiseite läßt, Verzichtnationalismus, und zwar nicht nur auf das deutsche Österreich. Hauptanliegen ist die Wahrung der gesetzlichen Form unter Ausschluß jeder außerparlamentarischen Initiative. Daher wurde selbst der zahme Deutsche Nationalverein dauernd beargwöhnt: Man hatte sich nicht unter die Fittiche Preußens geflüchtet, um sich wieder jakobinisch-demokratischer Expansivkraft auszuliefern.¹⁴

In seinen Verfassungsbroschüren hat Lassalle es dann nach einigen Jahren nochmals unternommen, die jakobinische Expansivkraft zu propagieren, das aber, trotz der politischen

Krise zur Zeit der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten, mit nur mäßigem Erfolg.¹⁷

Lassalle weist nach, daß eine papierene Verfassung, der die realen Gegebenheiten in Staat und Gesellschaft nicht entsprechen, ohnmächtig ist und im wirklichen Leben so lange revidiert wird, bis sie für die Träger der realen Macht erträglich geworden ist. Als Beispiel dienen ihm die andauernden Revisionen und Umdeutungen der oktroyierten preußischen Verfassung des Jahres 1849. Aktuell bezieht er sich auf die feige Haltung der Liberalen und der Kammermajorität, aber die Theorie, auf die er sich stützt, besagt: Erst nach einem gründlichen revolutionären Eingriff in die realen Machtverhältnisse hat es Sinn, eine Verfassung zu beraten und zu formulieren, und das besagt mit Hinblick auf das Scheitern der Revolution von 1848, die ohne Eingriff in die Exekutive eine Verfassung herstellen wollte, daß er auch im Jahre 1862, als er die Verfassungsschriften schuf,¹⁸ noch auf dem Boden der schon erwähnten 17 Forderungen der kommunistischen Partei stand, die als erstes die Proklamierung der deutschen Einheitsrepublik gefordert hatte und gleich daran anschließend, das gleiche Wahlrecht, die Besoldung der Volksvertreter und die Errichtung einer Volksarmee, die zugleich eine arbeitende Armee sein sollte.¹⁹ Danach, und nach Abschaffung aller feudalen Lasten und der Nationalisierung vom Domänen, Großgrundbesitz und Gruben, wäre an eine geschriebene Verfassung zu denken.

Als Lassalle im folgenden Jahr das Offene Antwortschreiben als Manifest seiner Arbeiteragitation in die Welt schickte, sprach er von der "Wiederherstellung" des demokratischen Wahlrechts und von der Dekretierung der persönlichen Rechte und Freiheiten:²⁰ Hier liegt offensichtlich Kontinuität.

Wenn Lassalle die unvermittelte Eröffnung des Krieges gegen Dänemark forderte, so ist das eine erweiterte Anwendung seiner Verfassungstheorie, derzufolge Strukturveränderungen jeder schriftlichen Verfassung voranzugehen haben.

Die rote Revolution Lassalles ist total und deshalb über den Gegensatz von kleindeutsch und großdeutsch erhaben; sie kennt auch keine Prioritäten, ob durch Einheit zur Freiheit oder durch Freiheit zur Einheit. Damit ist gesagt, daß die Begriffswelt aller Parteien, die zur deutschen Frage Stellung nahmen, auf Lassalle nicht paßt. Aber ein roter Preuße kann er nichtsdestoweniger doch bleiben, nur ist dann der Akzent auf das Rot des roten Preußen zu verlegen, denn ein Preuße irgendeiner geltenden Schattierung kann er keineswegs sein.

Wie steht es mit einem Lassalleschen Preußentum sui generis?

Für Marx und Engels war die Antwort einfach: Deutschland war wegen des preußisch-österreichischen Antagonismus in seiner Konstituierung behindert, und das sollte bis zur kommenden Revolution so bleiben; Lassalle forderte die Zertrümmerung Österreichs, wodurch Deutschland der preußischen Hegemonie ausgeliefert werden würde. Er war demnach ein preußischer (in ihrer Ausdrucksweise, ein Berliner) Demokrat, und wegen seiner internationalen Orientierung und seiner cäsaristischen Allüren zudem ein bonapartistischer Preuße, und irgendwie Bismarck verwandt.²¹

Die Antwort ist aber keineswegs einfach.

In seinem Fichteaufsatz aus dem Jahre 1862 verweist Lassalle auf das sofortige notwendige Aufgehen Preußens in Deutschland, das den augenblicklichen Herrschern nicht gelingen kann. (Er spielt auf das bekannte Wort des Friedrich-Wilhelm IV. an, der im März 1848 das Aufgehen Preußens in Deutschland verheißen hatte.)²² Er spricht davon,

daß es einer Zerteilung des deutschen Volksgeistes gleichkäme, wenn eine spezifische Besonderheit zur herrschenden gemacht würde, also wenn z. B. Preußen sich in Deutschland vergrößern würde, und in Lassalles Worten, die sich an Fichtes Notizen zur deutschen Frage aus dem Jahr 1813 anlehnen: "Die einzelnen deutschen Regenten sind, da sie und ihr Staat innerhalb Deutschlands ihr Bestehen und die Garantie ihrer Besonderheit ... haben, in ihr spezifisches Hausinteresse versenkt ... Sie erblicken daher in dieser Besonderheit ihr eigentliches Recht. ... In die Sprache der offiziellen Aktenstücke übersetzt heißt das, daß sie von einem 'wohlerworbenen Recht' aller deutschen Fürsten auf die Zerteilung des deutschen Volksgeistes zu reden wissen. Sogar noch bei einer Eroberung Deutschlands in diesem Sinne würde nicht Deutschland hergestellt, sondern nur die andern Stämme durch die gewaltsame Aufdrängung des spezifischen Hausgeistes unter die Besonderheit desselben gebracht, preußifiziert, verbayert, verösterreichert! - Es würde nicht Deutschland hergestellt, sondern gerade nur die eine Besonderheit zur herrschenden gemacht ..."²³

Da Lassalle mit dem letzten Satz ganz deutlich auf Preußen anspielt - denn welchem deutschen Staat konnte man im Jahre 1862 Annexionen in Deutschland zutrauen, wenn nicht Preußen - so ist dieser Fichtekommentar Absage an jedes spezifische Preußentum. Lassalle stellt sich hier als roter Republikaner heraus, aber nicht als roter Preuße in irgendeinem vernünftigen Sinn.

Als roter Republikaner ist er Aktivist, der zwar, wie Marx und Engels, überzeugt ist, daß eine volle Lösung der deutschen Frage von einer demokratischen Revolution abhängt, der aber im Gegensatz zu diesen nach Möglichkeiten Ausschau hält, die rote Schilderhebung voranzutreiben. Er untersucht

die Bürger- und Arbeitervereine, er prüft selbst den Nationalverein, dessen vorherrschende kleindeutsche Tendenzen ihm ein Greuel sind und kommt dann Ende 1862 zu dem Entschluß, sich ein eigenes Werkzeug zu schmieden, die Arbeiterbewegung, den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein (ADAV).

Aber siehe: Alle diese Versuche unternimmt er in Berlin, der Hauptstadt Preußens, und so sind wir auf einem ganz anderen Weg als dem der geistesgeschichtlichen Untersuchung wieder beim roten Preußen angelangt.

Lassalle weiß, wie es einer seiner Nachfolger, Johann Baptist v. Schweitzer, formuliert, daß Deutschland zu seiner Konstituierung ein deutsches Paris braucht, und daß nur Berlin zu einem deutschen Paris werden kann. Aber Berlin ist Preußen.

Jahrelang hat Lassalle an seinem Berlin-Konzept gearbeitet. Ihm selbst ist die Eroberung Berlins mißlungen, aber Schweitzer ist sie gelungen. Das Berlin der Bauarbeiter in den Gründerjahren nach der Reichsgründung wurde eine rote Hochburg und blieb es durch die Kaiserzeit bis zur Republik. Berlin wurde durch Bismarck und Schweitzer zu einem deutschen Paris, soweit Geographie und Geschichte das zuließen. Es war sicherlich mehr Spree-Paris als Spree-Athen. Die Juden sind ein guter Indikator. Wenn die sich so in Berlin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie vordem in Paris konzentrierten, ist das symptomatisch.

Lassalle ist ein Nachfahre der Jakobiner und als solcher Unitarist und Zentralist. Girondistischer Föderalismus ist ihm ein Greuel. Er weiß aus der deutschen Geschichte, daß die Kleinstaaterie mit dem Fehlen zentralisierender Insti-

tutionen seit der frühen Neuzeit zusammenhängt. Seinen ADAV hat er nicht nur diktatorisch, sondern vor allem zentralistisch organisiert. Schweitzer ist ihm darin bei der Organisation der Gewerkschaften nachgefolgt. Ihr Mittelpunkt war Berlin.

Lassalle hat sein Berlinkonzept planmäßig angelegt und ausgebaut. Marx und Engels haben seine Tendenz beobachtet und mißbilligt, lange bevor er seine Arbeiteragitation begann. Schon in den fünfziger Jahren haben sie ihn "Berlinerblau" getauft: Berlin durfte kein deutsches Paris werden, denn es würde den Donaauraum nie beherrschen können, anders als Frankfurt und Wien. Marx und Engels haben die Junkerherrschaft in Berlin gehaßt, und das ist verständlich; sie haben aber die Berliner Demokratie zur besonderen Zielscheibe ihres Hohns gemacht, und das ist weniger verständlich, denn diese hatte reale Fortschritte zu verzeichnen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, und anderswo war die Liberaldemokratie politisch nicht mutiger. Lassalle hat sie, so weit es ging, unter diese Demokratie gerechnet, und sobald es wegen der entstehenden Arbeiterbewegung nicht mehr ging, mit besonderem Haß verfolgt. Der Grund nach allen Nebengründen: Eine Berlin-orientierte Arbeiterbewegung durfte nicht sein; sie war prinzipiell verfrüht.

Wie Lassalle zu dem Entschluß kam, sich auf Berlin zu konzentrieren, läßt sich nicht dokumentarisch nachweisen, wohl aber plausibel erklären. Lassalle hat die größte Aktion im Bewegungsjahr, die rheinische Steuerverweigerungskampagne anlässlich der Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg, mit viel Erfolg organisiert. Bei dieser Aktion hatte er Mut und Führerqualitäten bewiesen und war erstmalig als politische Persönlichkeit anerkannt worden. Gegenüber der preußischen Nationalversammlung bezugte er ebenso viel Respekt wie Mißachtung gegenüber der

föderalistischen Frankfurter. Wenn er während seiner Arbeiteragitation leicht Zugang zu Rodbertus fand, geht das auch auf dessen Tätigkeit bei der Berliner Nationalversammlung zurück. Zur Zeit der Revolution hatte sich die Neue Rheinische Zeitung zu Berlin genau wie Lassalle verhalten; in den sechziger Jahren war das aber vergessen.

Historisch gesehen hat die Nationalvertretung der Preußen, die eine allzu häufig übersehene Errungenschaft der Revolution war, das einheitliche Preußen geschaffen, das erst in den fünfziger und sechziger Jahren zur wirklichen Großmachtstellung aufrückte. Lassalle hat gehandelt, als ob er diese Entwicklung verstanden hätte.

Die Briefe des jungen Paul v. Hatzfeldt beweisen, daß Lassalle schon im Jahre 1853, als die Scheidungsprozesse ihn noch im Rheinland zurückhielten, Wege suchte, sich in Berlin niederzulassen.²⁴

Lassalles Kampf um Berlin, der fünf Jahre dauerte, ist ein interessantes Kapitel in seiner Lebensgeschichte, da er für ihn die ganze Schärfe seines Geistes und seine "habilité im Handeln" einsetzte, die Heine gekannt und gefürchtet hatte.²⁵ Wenn immer betont wird, daß Lassalle diesen Kampf geführt habe, um anerkannt zu werden und seinen Platz in der Gesellschaft einzunehmen, so ist damit zu wenig gesagt: Lassalle wollte in Berlin den Kampf zwischen Volksvertretung und Krone entscheiden. Er hatte dafür verschiedene Pläne, lernte aber nach vielen vergeblichen Bemühungen, daß er dafür eine Massenbasis in Berlin selbst brauchte. Deshalb ging er im Herbst 1863 daran, Berlin zu "zernieren", wie er sich militärisch ausdrückte. Er paßte diesem kühnen Versuch die Strategie seiner Agitation an, erfolglos, wie sich bald herausstellte.²⁶

Der natürliche Schwerpunkt des ADAV lag im Rheinland, wo die Erinnerung an den Kommunistenbund und Lassalles Führerschaft während der Revolution noch lebendig waren und so dauernde Kontakte zur Londoner Emigration die Tradition wachhielten, aber noch während seiner großen Propagandareise im Herbst 1863 hereitete er seine Berliner Aktion mit einem aufsehenerregenden Telegramm an Bismarck vor.²⁷ Es würde zu weit führen, den ganzen Aufwand von Scharfsinn, Fleiß und Tricks darzustellen, die dieser Aktion dienlich sein sollten, aber zu nichts kamen. Die Regierungsmacht blieb ungerührt, und die Liberaldemokratie bewies, daß sie gerade unter den Facharbeitern, die Lassalle ansprechen wollte, unerschüttertes Vertrauen besaß.

Dem Kampf um Berlin hat Lassalle viel geopfert. Er verlor seinen Vereinssekretär, Julius Vahlteich,²⁸ und seinen besten Bevollmächtigten, Moses Heß, der nach Paris auswich, um einer "Versetzung" nach Berlin zu entgehen.²⁹ Für diesen war eine Arbeiterbewegung im Rheinland ebenso sinnvoll, wie eine solche in Berlin - sinnlos. Um die Liberalen herauszufordern, ihnen die Arbeiter zu entfremden und Bismarck unter Druck zu setzen, gab Lassalle vor, eine soziale Monarchie unter dem persönlichen Schutz des Königs in Erwägung zu ziehen, eine opportunistische Geste, die den ADAV später stark belastet hat.³⁰

Wir haben das preußische Terrain betrachtet und Lassalles Denken und Praxis skizziert. Lassalle will Großdeutschland mit Berlin als Schwerpunkt. Die Revolution soll die Brücke dahin bauen. Nach zwanzig Jahren von wirtschaftlichem Aufschwung, von unaufhörlichem Wachstum und Konsolidierung von Militär- und Verwaltungsmaschinerie ist die Revolution reines Wunschdenken: Marx und Lassalle arbeiten mit Postulaten einer unbestimmbaren Zukunft, was so schlimm nicht gewesen wäre, hätte die unrevolutionäre Wirklichkeit inzwischen keine

unwiderrufbaren Tatsachen geschaffen. Vor dem neuen Machtzentrum Berlin, das für Mitteleuropa Paris ablöste, hat Moses Heß kapituliert und deshalb seine politische Tätigkeit aufgegeben.³¹ Marx, Engels und ihre Partei haben das neue Machtzentrum de facto anerkannt; der ADAV hat es bejaht, aber seine positive Haltung war immer mit den Lassalleschen Reserven gegenüber dem Kleindeutschtum belastet. Lassalle hatte "Großdeutschland moins les dynasties" gefordert,³² aber das neue Reich war weder großdeutsch noch unitarisch und zudem ein bürgerlicher Klassenstaat, und in seiner "melancholischen Meditation" hatte Lassalle den Arbeitern zugerufen, daß unter der Herrschaft der Bourgeoisie eine nationale Wiedergeburt Deutschlands unmöglich sei: "Klein- staaterei und Bürgertum, beide werden miteinander besiegt werden!"³³ Der ADAV und die sozialistische Arbeiterpartei, die Marx bejahte,³⁴ beide befanden sich dem neuen Staat gegenüber in erbitterter Opposition und wurden beide als Staatsfeinde behandelt.

Wenn wir uns sehr weit von praktischer Politik entfernen, läßt sich das Konzept eines "roten Preußens" vertreten, aber gerade dieses utopische Konzept führt weit ab von dem genialen Realpolitiker, den man in Lassalle im Gegensatz zu dem Doktrinär Marx hat sehen wollen. Lassalle hat mit Bismarck über Abschaffung der indirekten Steuern und komplizierte Wahlmodalitäten verhandelt (der Ausdruck ist überladen: Er hat sich mit ihm unterhalten), aber das Ende war, daß Bismarck ihn zum Entweichen aus Berlin zwang, wenn er nicht lange Gefängnisstrafen absitzen wollte. Als er in Genf im Duell erschossen wurde, war er schon ein verspäteter politischer Flüchtling, was wegen seines baldigen Todes nicht beachtet worden ist.

Zur gleichen Zeit, als Lassalle daran ging, sich eine Massenbasis zu schaffen, gründeten die preußischen Konservativen den "Preußischen Volksverein". Sie hofften auf ein Großpreußen bis zur Mainlinie, das nicht nur Preußen sein, sondern auch so heißen würde. Den deutschen National"schwindel", wie sie sich ausdrückten, lehnten sie ab: Zu diesen hatte Lassalles hypothetisches Preußentum keinerlei Verhältnis.

Es gab zwei Varianten einer "preußischen Spitze", zu denen Lassalle Stellung nehmen mußte, die kleindeutsch Altliberale, durch die Ministerien der Neuen Ära Vertretene (oder besser: geduldete) und die Fortschrittliche, die in der Parlamentsmehrheit beheimatet war. Lassalle hat immer seinen Abscheu vor den Altliberalen ("Gothaer") betont, und noch im Mai 1863 in einem Brief an Rodbertus geschrieben: "Wenn ich etwas in meinem Leben gehaßt habe, ist es die kleindeutsche Partei. Alles Kleindeutsche ist Gothaerei ... und reine Feigheit. ... Ich habe in meinem Leben kein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zugute käme, betrachte sie als Produkt der bloßen Furcht vor: Ernst, Krieg, Revolution, Republik, und ein gutes Stück Nationalverrat."³⁵

Dagegen hatte er Anfang der 60er Jahre Hoffnungen auf die Fortschrittspartei gesetzt, von der er glaubte, daß der Konflikt mit der Regierung über die Heeresreform, sie radikalieren würde. Nachdem klar geworden war, daß sie sich lieber vor der Regierung beugte, als sich dem Druck der Straße auszusetzen, richtete Lassalle die ganze Wucht seiner Angriffe gegen die Fortschrittspartei mit Schulze-Delitzsch an der Spitze und ließ die Regierung im Schatten. Von der Parlamentsmehrheit behauptete er, daß sie auf Abbau des Staates zugunsten des Klasseninteresses der Bourgeoisie aus sei,³⁶ während er der altliberalen Regierung konzedierte, daß sie die Staatsautorität schone und deshalb im Klassenkampf eine ausgleichende Rolle werde spielen können.

Diese Nachsicht mit den Altliberalen (die bald von Bismarck abgelöst wurden) hat Lassalle in den Ruf des Paktierens mit der altliberalen Variante der preußischen Spitze gebracht, besonders, nachdem Bismarck Ministerpräsident geworden war.

Eine Verschiebung der Akzente in der Ablehnung der beiden Varianten einer preußischen Spitze ist unverkennbar, aber ein selbst taktisches Bündnisverhältnis ist eine grobe Fehlinterpretation der Quellen, der die unermüdliche feindliche Agitation des Marx-Schülers Wilhelm Liebknecht Nahrung gegeben hat. Als Marx und Engels kurz nach Lassalles Tod durch den organisierten Rücktritt aller Prominenten, Sozialisten wie Demokraten, von der Mitarbeit am Social-Demokrat, dem neugegründeten Organ des ADAV, die Zeitung zu torpedieren versuchten, schien das eine Bestätigung von Liebknechts Behauptungen zu sein, die diese ja tatsächlich für gesichert hielten.³⁷ Eine spätere Geschichtsschreibung hat die gleiche Position eingenommen, sie nur jetzt als Beweis staatsmännischer Einsicht gelobt. So wurde Lassalle einfach zum Preußen sans phrase gestempelt.

So führt uns die Untersuchung von Lassalles Haltung zu Preußen und dessen Stellung innerhalb der deutschen Einigungsbewegung hinein in die Problematik der preußischen Geschichte und ihrer Darstellung. Trotz außergewöhnlich guter Quellenlage ist es nötig, ein Grundproblem wie die Haltung zu Preußen und der preußischen Führung in der deutschen Frage seitens Lassalles und der jungen Arbeiterbewegung neu zu überprüfen, und die Überprüfung ist vor allem abhängig von einer unbefangenen Haltung zu lang eingebürgelter Terminologie, wobei alte Begriffe zur Untersuchung stehen und neue Begriffe einzuführen sind und die rein politische, geistesgeschichtliche Behandlung durch neue Aspekte, wie die demographischen, zu erweitern sind.

Lassalle als "roter Preuße", selbst wenn es möglich sein sollte, diesen Begriff sinnvoll anzuwenden, bedeutet für die Geschichte weniger als Lassalle, der versucht hat, die Entwicklungstendenzen seiner Zeit mit ihren demographischen und politischen Schwerpunktverlagerungen zu deuten. Wenn er dabei auf Preußen und Berlin gestoßen ist und sein Leben danach eingerichtet hat, ist das bedeutender als das angebliche Ahnen einer preußisch-deutschen Entwicklung, die ihm zugeschrieben wurde, um dessentwillen er zum Preußen gestempelt wurde, und sei es zum roten.

II

Wir haben unser Thema bisher vom Subjekt Lassalle her behandelt, sozusagen biographisch; es bleibt uns noch, es kurz auch vom Objekt her zu beleuchten, vom preußischen Staat.

Dieser Staat befand sich beim Eintritt Lassalles ins politische Leben in einer Revolution, nicht in einer mythischen "Preußischen Revolution", sondern in einer handfesten, realen, mit Barrikadenkämpfern und deren Opfern. Die Tendenz dieser revolutionären Umwälzung war nicht unähnlich der ihr vorhergegangenen französischen, wenn auch ihr Ausgang ein anderer war. Aber so wie die französische Revolution die französische Nation schuf, so die preußische - die preußische **Nation**.

Mit dieser werdenden Nation hatte Lassalle sich auseinandersetzen, und mit ihr hat er sich seit seiner Assisenrede vom Jahr 1849³⁸ immer wieder auseinandergesetzt. Wenn wir heute eine Art Preußenjahr begehen, sollten auch wir uns mit diesem zentralen Phänomen, dem Nationwerden Preußens auseinandersetzen.

Was ist dieses Nationwerden Preußens?

Der preußische Staat bestand bis zur Revolution im Jahre 1848 in der preußischen Krone, die über ein bedeutendes Heer, eine verhältnismäßig effiziente Bürokratie und eine Masse von Untertanen verfügte, die in unzusammenhängenden Territorien erfaßt wurde. Bemühungen, aus diesen Untertanen eine Nation zu gestalten, wurden zur Zeit der französischen Revolution und Napoleons wiederholt unternommen, brachten jedoch im Vereinigten Landtage vom Jahre 1847 weniger die Erfüllung dieses Strebens als den geballten Willen von unten, dieses Ziel zu erreichen, das in der preußischen Nationalversammlung des Revolutionsjahres verwirklicht wurde.

Die preußische Nationalversammlung ließ wie ihre französische Namensschwester Krone, Militär und Bürokratie intakt, verwandelte aber deren Funktion, indem sie aus den Untertanen Staatsbürger schuf, denen von der Krone unabhängige Rechte zustehen. Preußen als Rechtsverband ist die neue preußische Nation; seine neuen Träger - ein neugeborenes preußisches Volk, das deutschem Sprachgebrauch entsprechend auch "preußischer Stamm" genannt wurde. Das Verhältnis dieses neuen Stammes zum Rahmenvolk der Deutschen blieb ungeklärt, aber nicht ungeklärter als das des bayerischen Stammes. Praktisch verhielt sich das neue preußische Volk wie das französische nach seiner Konstituierung, es verlangte Abrundung seines Territoriums, Hegemonie über gewisse Räume, die strategisch oder wirtschaftlich notwendig schienen und eine internationale Orientierung, die der Nation zugute kommen würde. Solche Überlegungen galten auch dem Raum, den ein zukünftiges Deutschland einnehmen würde: Man hatte nicht in Berlin eine Nationalversammlung geschaffen, um sich von einem Frankfurter Rahmenparlament einfach mediatisieren zu lassen. Wenn der preußische König in einem Moment der Schwäche vom "Aufgehen Preußens in

Deutschland" gesprochen hatte, so standen dem nicht nur die preußische Bürokratie und das Militär entgegen, sondern vor allem ein preußisches Volk, das nunmehr ein preußisches Parlament wirkungsvoll und energisch vertrat.

Das preußische Parlament in Berlin blieb als Errungenschaft der Revolution trotz aller unrechtmäßigen Eingriffe der Krone erhalten, und damit auch die Konstituierung Preußens als Nation. Als der König seine Verfassung oktroyierte, nahm er sich die Arbeit der Nationalversammlung zum Vorbild.³⁹ Eine Rückkehr zum alten Untertanenverband war damit ausgeschlossen. Die immer wieder rückrevidierte Verfassung (u. a. durch Einführung des Dreiklassenwahlrechts) konnte ihren Ursprung aus der Revolution nicht verleugnen und war deshalb trotz aller Verunstaltungen das Palladium des preußischen Bürgertums und blieb es bis zur Reichsgründung. Lassalle wurde nie müde, auf den durchlöchernten Fahnenstummel der Verfassung hinzuweisen und stellte sich, als wäre es ihm unbegreiflich, wie dieses vergewaltigte Dokument noch als Fanal gelten könne, aber gerade er verstand die Sachlage ganz genau, und deshalb sein abgrundtiefer Haß, denn nichts war so seinen Konzepten entgegengesetzt wie eine preußische Nation, die unter Führung eines bürgerlichen Parlaments "moralische Eroberungen" in Deutschland machte, die es bald in handfeste territoriale Gewinne umsetzen würde: Mediatisierung der norddeutschen Zwergstaaten und evtl. eines Mittelstaates wie Hannover, die Abrundung des preußischen Territoriums, der Gebrauch des Zollvereins als Druckmittel gegen die übrigen deutschen Staaten, die Anpassung der Handelspolitik des Zollvereins an die preußischen Industrie- und Agrarinteressen - all das war im kleindeutschen Konzept angedeutet, wie es das preußische Parlament im Namen des preußischen Volkes vertrat.⁴⁰

Und wie verhält sich dazu die große Auseinandersetzung von Krone und Parlament Anfang der 60er Jahre, die als Heeres- und Verfassungskonflikt in die Geschichte eingegangen ist?

Die verschiedenen liberalen Fraktionen unter der moralischen Führung der 1861 gegründeten Deutschen Fortschritts-partei fühlten sich als die authentische Vertretung des preußischen Volkes, weil sie über die überwältigende Mehrheit im preußischen Parlament verfügten, und in dessen Namen verlangten sie das Mitbestimmungsrecht bei allen politischen und militärischen Fragen. Die Militärreform war für sie ein test-case, und so sah es auch die Krone. Das besagt, daß nach der Entscheidung der prinzipiellen Grundfrage der Weg für die Verwirklichung des preußisch-kleindeutschen Konzeptes mit all seinen Konsequenzen geebnet war. Die Täuschung des Parlaments lag in der Annahme, daß die Krone ohne Übereinkunft mit ihm zum Scheitern verurteilt sei, was vielleicht ohne Bismarck auch seine Richtigkeit hatte. Nachdem das Parlament einsehen mußte, daß seine Rechnung nicht aufgegangen war, lenkte es ein und unterstützte Bismarck unbedingt, wozu es die Konstituierung der Mehrheit der Liberalen als nationalliberale Partei befähigte.

Zur Durchsetzung des preußisch-kleindeutschen Konzeptes wendete Bismarck Methoden an, die den innerpreußischen Vorstellungen des Parlaments zuwider waren, aber zweifellos geschah nichts, was auf weite Sicht für die Parlamentsmehrheit unannehmbar war. Deshalb wird das Phänomen des "Umfalls" leicht übertrieben, dagegen nicht beachtet, daß das, was immer nur dem preußischen Militarismus angelastet wird, inhaltlich ganz den Vorstellungen der Volksvertretung entsprach, die sich auf die preußische "Öffentliche Meinung" berufen konnte: Diese Öffentliche Meinung war wie das Parlament selbst eine Errungenschaft der Revolution. Beide, Parlament wie die preußische liberale Presse, waren glei-

chermaßen Lassalle verhaßt, und beide hat er unaufhörlich gemeinsam bekämpft.⁴¹ Der Krieg gegen Österreich mit der Folge der Erweiterung Preußens zum Norddeutschen Bund gehörte zu den Konzepten, die der preußischen Krone und dem Parlament gemeinsam waren; der Deutsch-Französische Krieg mit der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich war eine Konkretisierung verschwommener Utopien, und deshalb war das Deutsche Reich von Anbeginn mehr als ein Großpreußen, und kann das Konzept von der "großpreußisch-militaristischen Reichsgründung"⁴² leicht mißverstanden werden: Je mehr das Reich sich entwickelte, desto klarer wurde es, daß die Quantität auch in Qualität umgeschlagen war, obwohl die preußische Patenschaft bei der Reichsgründung unverwischbare Spuren hinterlassen hatte. Dazu gehörte, daß die aggressive kleindeutsche Haltung der preußischen Öffentlichen Meinung sich jetzt ungehemmt im Großen betätigen konnte, wobei sie unterstellte, daß sie die ehemalige preußische Militärmacht ohne Gefahr für sich selbst werde benutzen können.

Gemeinsam war Lassalle mit Marx und Engels die tiefe Verachtung für die preußische Bourgeoisie gewesen, seitdem diese sich unerwarteterweise geweigert hatte, in der Revolution 1848 den französischen Jakobinern nachzueifern. In Lassalles Aufsätzen und Reden bis zur melancholischen Meditation⁴³ vor seinem Tode zieht sich als roter Faden die Verachtung für die liberale Bourgeoisie hindurch, und diese Verachtung ist zu einem Gemeinplatz der radikalen Kritik geworden. Wer aber das in der Revolution gewachsene Konzept einer preußischen Nation ernst nimmt, wie es in Zusammenarbeit der Volksvertretung mit der Krone in den fünfziger und sechziger Jahren erst richtig geschaffen wurde, wird das Verhalten des Parlaments kritisch, aber nicht höhnisch bewerten. Daß aber das Konzept einer preußischen Nation

eine Denaturierung des gesamtdeutschen Konzepts nach sich ziehen müsse, hatte Lassalle richtig erkannt und bekämpft, und deshalb durfte er behaupten, daß er nie ein Wort geäußert habe, das der kleindeutschen Partei zugute käme.

Man hat Lassalle vorgeworfen, daß er bei Kritik seiner liberalen und preußisch-konservativen Feinde das Gewicht zugunsten der letzteren ungleich verteilt habe, und diese Kritik ist nicht unberechtigt, aber die Geschichtswissenschaft sollte aus der Perspektive von mehr als einem Jahrhundert von Lassalle lernen, daß es das preußische, von den Liberalen beherrschte Parlament war, das die Gefahr der Konstituierung einer preußischen Nation heraufbeschwor, die einer grundlegenden Konstituierung Deutschlands im Wege stand; daß es das preußische Parlament war, das den preußischen Militarismus für sich arbeiten lassen wollte und dieses Konzept im Deutschen Reich unter veränderten Bedingungen auch verwirklicht hat. Der Mitarbeiter Lassalles im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, Moses Heß, hatte diese Rolle des preußischen Liberalismus erkannt und mit dem scharfen Blick des Hasses noch vor der Reichsgründung dargestellt. Damals, als die Parlamentsmehrheit mit Bismarck über die Frage der Mitbestimmung bei der politischen Verantwortlichkeit zerstritten war, war es schwer, die weitreichenden Perspektiven richtig zu sehen, aber auch heute noch die Bedeutung der Volksvertretung für das Preußenbild zu übersehen, ist schwer verständlich. Zumindest im gleichen Rang mit den preußischen Reformen, der Angliederung der Rheinprovinz und dem Zollverein ist die Konstituierung der preußischen Nation durch das Parlament zu sehen. Wenn aber heute immer wieder die alten Themen behandelt werden, nur mit mehr Quantifikationen (aber weniger Kenntnis im Detail), so scheint der jetzige Anlauf noch weit davon entfernt, ein abschließendes Preußenbild zu vermitteln.

Lassalle - ein roter Preuße? Anmerkungen

¹ Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposiums, bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 50), 1981. Bedauerlich ist, daß die Arbeiterbewegung nicht thematisiert wird; bedauerlicher noch, daß die in der älteren Forschung ständig verfochtene Behauptung eines preußischen Weges in der sozialen Frage einfach übergangen wird. *Berlin-New York.

² Der rote Preuße. Leben und Legende von Karl Marx. Stuttgart 1954.

³ Das war die Grundtendenz sowohl der Rheinischen Zeitung (1842/3) als auch der Neuen Rheinischen Zeitung (1848/9): Das um Köln zentrierte westelbische Preußen hat das rückständige Ostelbien bürgerlich zu verwestlichen. Siehe Karl Marx, Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion "von einem Rheinländer"; Luther als Schiedsrichter zwischen Strauß und Feuerbach. "Kein Berliner". Weiter: Die Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags. Von einem Rheinländer, im ersten Band von Marx-Engels Werke (MEW I). Dazu Moses Heß, Was wir wollen. "Von einem Rheinländer". Siehe: Moses Heß, Philosophische und sozialistische Schriften 1837 - 1850, hrsg. von Auguste Cornu und Wolfgang Mönke, Berlin 1961.

⁴ Siehe Ferdinand Lassalles Tagebuch, hrsg. Paul Lindau, Breslau 1891, S. 191: "Von Paris aus, dem Lande der Freiheit, will ich wie Börne, das Wort zu allen Völkern der Erde schicken." (Eintragung vom 26. August 1841). Der im Jahre 1825 geborene Lassalle besucht im Jahre 1846 Paris und französiert seinen Namen: Aus Lassal wird nunmehr "Lassalle".

⁵ Siehe Intime Briefe an Eltern und Schwester, hrsg. Eduard Bernstein, S. 59. Dazu S. Na'aman, Lassalle, Hannover 1970, S. 13 f.

⁶ Arno Herzig, Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817 - 1893), Berlin 1979.

Zu Tölcke als rotem Preußen s. meine Rezension "C. W. Tölcke und der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein", AfS XXI/1981, S. 657 - 670, bes. S. 549 f und S. 663 f.

⁷ Siehe Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens, Gesammelte Reden und Schriften (GRS) Bd. 1, besonders der 7. Abschnitt "Das Programm, Die Aufgabe Preußens", dort S. 103 ff; Macht und Recht, GRS II; Briefe Lassalles an Rodbertus, Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Reden und Schriften, hrsg. Gustav Mayer ("Nachlaß"-zitiert), Band 6, Stuttgart-Berlin, S. 338 ff u. a.

⁸ Die revolutionäre Demokratie war immer doppeldeutig auf Bürger- und Völkerkrieg ausgerichtet, wobei zwischen beiden Elementen eine dialektische Gedankenverbindung hergestellt wurde. Das gilt gleicherweise für Marx und Engels wie für Willich und Schapper, Heß und Lassalle. Unter diesem Aspekt gilt es, die aufschlußreiche Korrespondenz zwischen Marx/Engels und Lassalle nach dem Ausbruch des italienischen Krieges zu analysieren. Dazu Nachlaß Bd. 3, Stuttgart-Berlin, S. 177 ff.

⁹ Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland, Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abt. Bd. 7, Stuttgart-Berlin, S. 3 f.

¹⁰Es geht an, Marx und Engels als "großdeutsch" zu bezeichnen, solange man nur den Gegensatz zum Kleindeutschtum bezeichnen will oder einen angeblichen Gegensatz zu Lassalle konstruieren möchte, aber ein großdeutscher Staatenbund ist für Marx inhaltlos, es sei denn, er verhindere die Konstituierung "zurückgebliebener" Völker auf dem zukünftigen einheitlichen Wirtschaftsraum, den ihre Theorie voraussagt. Lassalle hat dagegen in einem Brief an Rodbertus angedeutet, daß die Grenze seines Deutschland am Bosphorus sei (Nachlaß Bd. 6, S. 338), aber während Rodbertus großdeutsch im gängigen Sinn ist (er denkt an einen Föderativstaat), betont Lassalle, daß nur ein Einheitsstaat seinen Vorstellungen entspräche (ebd. S. 339).

¹¹GRS I, S. 305 - 314.

¹²GRS I, S. 111 f.

¹³Arnold Ruge, Die drei Völker und die Legitimität oder die Italiener, die Ungarn und die Deutschen beim Sturze Österreichs. London 1860.

¹⁴GRS I, S. 112.

¹⁵In der Rückschau charakterisiert Engels Lassalle: "Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat mit stark bonapartistischen Neigungen." **Siehe** Anm. 21.

¹⁶Der radikale Flügel des Nationalvereins spielte mit dem Gedanken einer Turn- und Wehrbewegung, wozu die chronische Krise in Schleswig-Holstein einen günstigen Vorwand bot. Wegen dieser außerparlamentarischen Aktionen liebäugelte

Lassalle Anfang der 60er Jahre mit dem Nationalverein und nahm Kontakt mit dem Vereinssekretär Streit auf, um sich bald von ihm in Feindschaft zu trennen, weil die preußische Fortschrittspartei wegen der Zuspitzung des Verfassungskonflikts darauf achtete, keine außerparlamentarische Bewegung aufkommen zu lassen: Das bestimmte auch ihre Haltung zur werdenden Arbeiterbewegung im Jahre 1862.

¹⁷Lassalles letzte Verfassungsbroschüre (Macht und Recht, GRS II, S. 121 - 144) wurde mit Entrüstung aufgenommen, weil sie sich als Unterstützung des Machtanspruches von Bismarck interpretieren ließ, was die Kreuzzeitung auch versuchte. Bis die Arbeiteragitation einige Monate später eine Änderung der liberalen Taktik notwendig machte, wurde Lassalle systematisch totgeschwiegen.

¹⁸GRS II, S. 7 - 138.

¹⁹S. oben, Anm. 9.

²⁰GRS III, S. 43 f.

²¹MEW Bd. XXX, S. 258 f, 354, 357 f u. a.

²²Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, S. 366.

²³GRS VI, S. 98 f.

²⁴Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt. Nachgelassene Papiere 1838 - 1901. Erster Teil, hrsg. Gerhard Ebel, S. 117, Anm. 6.

²⁵Siehe dazu Shlomo Na'aman, Lassalle, S. 218 - 277. Dort die Belege.

²⁶GRS IV, S. 17 - 56 (Ansprache an die Arbeiter Berlins).

²⁷Text des Telegrammes GRS III, S. 396.

²⁸Siehe Bernhard Becker, Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, Braunschweig 1868, S. 247 ff und Vahlteichs Brief an B. Becker vom 12. Januar 1864, Nachlaß Bd. 5, S. 272. Dazu GRS Bd. 4, S. 276 - 298.

²⁹Moses Heß, Briefwechsel, hrsg. E. Silberner, s'Gravenhage 1959, S. 460.

³⁰Die sog. Ronsdorfer Rede (GRS Bd. 4, S. 187 - 229) basiert auf dem Gedanken, daß der preußische König persönlich für eine soziale Monarchie eintreten könne. Die Nichterwähnung Bismarcks ist bezeichnend. Siehe S. Na'aman, Lassalle, S. 725 ff.

³¹Shlomo Na'aman, Emanzipation und Messianismus. Leben und Werk des Moses Heß, Frankfurt-New York 1982, S. 421 - 431, ("Der Zusammenbruch").

³²Nachlaß VI, S. 335.

³³GRS V, S. 354.

³⁴Die sog. "Eisenacher", die aus den Bildungsvereinen hervorgegangen waren.

³⁵Nachlaß 6, S. 335.

³⁶ Siehe Anm. 16 und demgegenüber GRS II, S. 485 (Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen).

³⁷ Text der Rücktrittserklärung, MEW Bd. 31, S. 77 f. Dazu auch dort S. 47 und S. 444.

³⁸ Für den Text siehe: Bert Andréas, Ferdinand Lassalle - Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie 1840 bis 1975, Bonn 1981, S. 59 und Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften, GRS, Band I, 1892.

³⁹ Die sog. "Charte Waldeck".

⁴⁰ Als Vertreter eines aggressiven kleindeutschen Konzepts können die Aktiven der liberalen Kammermehrheit im Ausschuß des Deutschen Nationalvereins gelten, allen voran Schulze-Delitzsch, Franz Duncker und Victor v. Unruh, die u. a. die Ratifizierung des von Preußen mit Frankreich ausgehandelten Handelsvertrags durch den Zollverein propagierten, obwohl er eine Mediatisierung der Vereinsstaaten durch Preußen anbahnte und trotz des verschärften Verfassungskonfliktes.

⁴¹ Siehe dazu GRS III, die sog. Heerschaurede ("Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptomtome des öffentlichen Geistes").

⁴² Das Konzept einer großpreußisch-militaristischen Reichsgründung charakterisiert die Genese des Deutschen Reichs einleuchtend und würde für den Norddeutschen Bund genügen. Durch die Eliminierung der Mainlinie wurde etwas geschaffen, das über das Konzept eines Großpreußens von Anbeginn hinaus-

ging. Siehe: Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. - Voraussetzungen und Folge. Hrsg. Horst Bartel und Ernst Engelberg, Berlin 1971.

⁴³GRS V, S. 340 - 355.

b) Eröffnung der Čapek-Ausstellung

Josef Čapek - eine schriftstellerische und zeichnerische Existenz gegen faschistische und andere Diktaturen

Am 12. April 1945 starb im Konzentrationslager Bergen-Belsen der Schriftsteller, Maler und Karikaturist Josef Čapek. Der nationalsozialistische Terror hatte in seiner Endphase 41 000 Häftlinge aus Polen und der Tschechoslowakei in diesem Lager in der Lüneburger Heide nördlich Celle zusammengepfercht. Die dreifache Überbelegung ließ ab Februar 1945 Fleckfieber- und Typhusseuchen grassieren, die zum Tod von 12 800 Gegnern der Hitler-Tyrannie bis zum 15. April 1945 in diesem Lager führten. Auch nach diesem Datum der Befreiung der Bergen-Belsen-Häftlinge durch englische Truppen starben noch hunderte trotz nunmehriger sorgfältiger ärztlicher Betreuung an den Folgen der Typhus-Epidemie.

Drei Tage also, bevor die britische Vorhut das Lager Bergen-Belsen erreichte, starb Josef Čapek an Hunger und Seuche. Mit ihm hatte die Ermordungsmaschinerie des NS-Staates einen Menschen vernichtet - in buchstäblich letzter Minute ihrer "tausendjährigen" Wunsch-Existenz - der einer ihrer frühesten und begabtesten Gegner war.

Josef Čapek, geboren am 25. März 1887 in Hronov als Sohn eines Arztes. Er studiert 1906 - 1910 an der Prager Kunstgewerbeschule bei Ernst Dítě, unternimmt von 1910 bis 1914 Studienreisen nach Frankreich, Spanien und Deutschland.

Der junge Josef Čapek erweist sich als eine Mehrfachbegabung in der bildenden Kunst, dem Journalismus und der Literatur. Seine Talente stützen einander, lassen ihn in jeder der genannten Sparten Beachtung und Erfolg finden.

Die Literatur. Obgleich in der internationalen Kritik Josef Čapek im Schatten seines um drei Jahre jüngeren Bruders Karel steht, mit dem er zunächst zusammen Dramen und sechs Bände neuklassizistische Erzählungen schreibt, gelangen ihm eigenständig literarische Werke wie 1918 die Novellen "Lelio" und 1923 "Lob des Delphins", das Drama "Land mit den vielen Namen", ebenfalls 1923, und der Roman "Im Schatten des Farnkrauts", für den er 1931 den Literaturpreis der Tschechischen Republik erhielt. Seine Kinderbücher wie "Hündchen und Kätzchen" (1929) oder "Dicker Urgroßvater" (1932) werden später im Rang mit den Werken des polnischen Kinderarztes Janusz Korczak verglichen, der ebenfalls in den Vernichtungslagern Hitlers starb.

Zu der geschlossenen Erzählprosa gesellen sich philosophische Essays. Bezeichnend ist der 1936 erscheinende Band "Der hinkende Wanderer". Čapek schafft hier nach einer überkommenen Chiffre. Sein hinkender Wanderer geht nach seiner Selbst-Positionierung "etwas beschwerlicher und langsamer als die übrigen, sieht aber dafür gelegentlich mehr und beobachtet schärfer". Josef Čapek steht hier bewußt in der Nachfolge seines Landsmanns Jan Amos Komanski (Comenius), der 1623 in seinem Buch "Labyrinth der Welt und Paradies des Herzens" zum erstenmal die Allegorie des "hinkenden Wanderers" benutzt.

Zwei Jahre nach dem Tod Josef Čapeks in Bergen-Belsen gaben Freunde in der Tschechoslowakei Notizen und Gedanken des Autors aus den Jahren 1936 - 1939 heraus. Der posthume Band aus dem Jahre 1947 trägt den Titel "In die Wolken geschrieben". Josef Čapek postuliert in dieser Hinterlassenschaft - wie er wörtlich schreibt -, daß "man das Leben nicht schreibt, sondern lebt".

Wer das Kapitel "Josef Čapek als philosophierender Erzähler" noch vertiefen will, sei auf Heinrich Kunstmanns umfassende Untersuchung "Tschechische Erzählkunst im 20. Jahrhundert" verwiesen, die 1974 im Verlag Böhlau, Köln und Wien, erschienen ist.

Josef Čapeks Arbeit als Herausgeber und Redakteur künstlerischer und politischer Periodika

1918 trat Josef Čapek als Redaktionsmitglied in die Zeitung "Narodni listy" (Nationalblatt) ein. 1920 bestellte man ihn als Kunstkritiker des damals führenden Organs "Lidove Noviny" (Volkszeitung). Seine Arbeit an dieser Zeitung endet erst mit dem Einmarsch der Hitlertruppen in die Tschechoslowakei.

Als Herausgeber trat Josef Čapek seit 1911 hervor, wo er die Künstlerrevue "Umelecky mesionik" (Künstlerische Monatschrift) übernahm. Von 1933 bis 1938 war er im Team Mitherausgeber der Sammelschrift "Zivot" (Leben). Auch war ihm wesentlich die Herausgabe des "Almanach Kmene na rok" (Almanach des Verlags Kmen) in den Jahren 1936 und 1937 zu verdanken.

Eine solche Aufzählung der publizistischen Meriten Josef Čapeks klingt zunächst unverfänglich und schmeckt nach ungebrochener Karriere ohne Anfechtung. Aber diese ganze Arbeit in der Literatur und im Journalismus muß vor einem Hintergrund gesehen werden, den Franz Kafkas Freund Max Brod, damals Kunstkritiker am deutschen "Prager Tageblatt", so skizziert hat: "Das Leben in Prag wurde überdies zusehends unerfreulicher. Die freie tschechoslowakische Republik war von Hitler bedroht, einem übermächtigen Gegner. Man mußte um ihre Existenz bangen, denn auch im Innern des Staates

gab es in einem Teil der sudetendeutschen Bevölkerung Kräfte, die in wachsendem Maße auf Hitler und seinen inländischen Platzhalter, Herrn Henlein, schworen ..."

Josef Čapeks karikaturistische Ahnungen, Prophezeiungen und Gewißheiten

Der Schriftsteller, Journalist und Zeichner Josef Čapek erkennt Adolf Hitler und seine Gefolgsleute früh als die eigentliche Bedrohung des Friedens und damit des Lebens in Europa und über Europas Grenzen hinaus. Der Expansionswahn Hitlers ist für den sensiblen, sozial engagierten Humanisten unverkennbar, das gilt für Josef Čapek ebenso wie für seinen jüngeren Bruder Karel, der am 25. 12. 1938 Selbstmord beging.

Spätestens ab 1933 setzt Josef Čapek immer stärker den Zeichenstift ein, um warnend auf Hitler und seine schwarzen und braunen "Stürme", auf die hereinbrechende Apokalypse des deutschen, italienischen und spanischen Faschismus hinzuweisen. "Deutschland erwache!" heißt die markige Parole der Nazis, die Čapek mit einem treffenden, makabren Bild illustriert: Das im Hintergrund aufgehende - oder untergehende - Hakenkreuz läßt ein unendliches Areal von Massengrab-Kreuzen erkennen: Europa als Friedhof.

Josef Čapek informiert sich in jenen dreißiger Jahren der Hitlerschen Macht-Konsolidation mehr über die programmatischen, zynischen Sprüche und Ankündigungen aus Berlin, Nürnberg und München als mancher deutsche Reichsbürger, der den Kopf in den Sand zu stecken versucht. So wird der von Hitler gekürte Reichsinnenminister, Dr. Frick, der die neuen Grundlagen der deutschen Schulerziehung kundtut,

von Josef Čapek mehrfach kommentiert. Frick: "Der Hauptteil des Geschichtsstudiums muß das gewaltige Erlebnis des Zusammenbruchs der liberalistisch-marxistischen Weltanschauung und das siegreiche Eindringen des nationalsozialistischen Gedankenguts ausmachen." Čapeks Begleitbild dazu: Ein Hitlerjugendführer läßt seine Speerspitze in die Brust eines am Boden liegenden Arbeiters dringen. Frick: "Der deutschen Schrift gebührt eben einfach der Vorzug vor der lateinischen ...". Čapeks Zeichnung: Der Germania, die erschrickt, fällt die Freiheitsfackel aus der Hand. Das "Deutschland erwache!" im Hintergrund haben Schiller und Goethe, Lessing und Heine anders gemeint als die Hitlerjugend-Generation, die "Deutschland erwache!" im zurückdatierten Stil schreibt und dabei eine Bombe in der Hand wiegt, wurfbereit.

An der häufigen Kontrastierung einer durchaus sympathischen Germaniafigur als attraktiver Frau und den martialischen Gestalten des Nationalsozialismus erkennt man, daß Josef Čapek Deutschland liebt - schließlich hat er in besseren Jahren auch hier studiert, hat gelernt, hat hier Freundschaften geschlossen - und daß er den Nationalsozialismus haßt. Die Vernichtungsideologie der Nazis tritt nun breit im "3. Reich" hervor. Seit der "Wiedereinführung der Wehrpflicht" kann Čapek nicht viel anderes zeichnen als immer wieder das Inferno des kommenden Krieges, das er in allen Einzelheiten per Karikatur im voraus mitteilt: Menschen unter den Trümmern zerbombter Städte, Skelette, die unter neuen Luftangriffen noch einmal zerrissen werden, und darüber teuflische Lügen aus Hitlers Propagandaministerium. Wenn man die Zeichnungen Josef Čapeks aus den letzten Wochen vor seiner Verhaftung mit den Aufnahmen von den Leichenhaufen im Lager Bergen-Belsen vergleicht, weiß man, das der Künstler auch seinen eigenen Tod, seine Ermordung durch die NS-Henker unter Millionen Mitopfern voraus gesehen haben muß.

Josef Čapeks karikaturistisches Monitum ist nicht nur an die Vergangenheit gebunden. Im zeichnerischen Gesamtwerk Čapeks ist auffallend, daß der Militärstiefel als Zeichen der Unterdrückung des Bürgers und zur Einebnung des Reliefs individueller Freiheit zyklisch erscheint. Vor den Stiefeln der Militärdiktatoren verbeugen sich gekaufte Parteibonzen und Pseudowissenschaftler. Vor den Generalstiefeln - leer- defilieren die Stiefel der unteren Chargen - ebenfalls leer. "Je größer der Stiefel, um so geringer der Bürger," heißt eine fast statistische Grafik Josef Čapeks, in der nach und nach ein Stiefelpaar zum Riesen wird und den winzig klein gewordenen Bürger zertritt. Ein Blick in alle Richtungen der Windrose unseres Globus mit den politischen Konstellationen von heute zeigt uns, daß diese karikaturistische Zeichnung Josef Čapeks - wie seine anderen Arbeiten - keinen Deut an bedrückender Aktualität verloren haben.

Ich möchte mich zum Schluß persönlich bedanken für das Ermöglichen dieser Ausstellung durch die Abteilung für Geschichtswissenschaft unserer Ruhr-Universität und vor allem bei Ulrich Grochtmann, dessen Sammlung "Im Schatten des Faschismus" die Graphiken Josef Čapeks vor dem unziemlichen Vergessenwerden bewahrt hat. Vergessen können wir uns nicht leisten. Die Attitüde des Vergessens würde uns wieder in das Chaos hineingleiten lassen, vor dem Josef Čapek uns gewarnt hat.

Josef Reding

Politische Lage der Tschechoslowakischen Republik nach der Weltwirtschaftskrise

Es gibt in den 1930er Jahren - wenn ich recht sehe - keinen Staat in Europa, dessen außenpolitische Stellung und dessen territoriale Integrität aufgrund tiefreichender innerer Spannungen labiler waren als die der Tschechoslowakischen Republik. Die zunehmende Gefährdung ihrer staatlichen Existenz resultierte dabei gerade aus der Verknüpfung äußerer und innerer Konfliktherde; die bekannten Beispiele hierfür sind die sudetendeutsche und die slowakische Frage.

Das sudetendeutsche Problem, also die Gewährung nationaler Autonomierechte an die 3,5 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei, hatte sich um 1933/34 durch die Weltwirtschaftskrise dramatisch verschärft und den seit 1918 latent schwelenden deutsch-tschechischen Konflikt voll ausbrechen lassen. Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Deutschen Reich und die Machtübernahme Hitlers beschleunigten und radikalisierten den Formierungsprozeß der Sudetendeutschen Partei unter Konrad Henlein, einer Sammlungsbewegung mit völkisch-konservativem, ständestaatlich-autoritärem und scharf antimarxistischem Programm, die den anderen deutschen Parteien - einschließlich der Linken und des liberalen Bürgertums - innerhalb kürzester Zeit mühelos das Wasser abgraben konnte. Aus den Parlamentswahlen von 1935 mit 1,2 Millionen Stimmen als stimmenstärkste deutsche Partei hervorgegangen, stellte sich die seit dieser Zeit von reichsdeutschen Stellen kräftig finanzierte Sudentendeutsche Partei spätestens 1937 offen auf den irredentistischen Standpunkt und arbeitete im Einvernehmen mit Hitler auf die Zerschlagung der Republik und den Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich hin. Die reichsdeutsche Propaganda baute seit 1937 eine Verleumdungskampagne gegen die Tschechoslowakei auf, die die Weltöffentlichkeit psychologisch auf Maßnahmen vorbereiten sollte, bei denen die Sudentendeutschen und die Frage des Selbstbestimmungsrechtes nur den Vorwand für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakische

Republik lieferten. Die "Hossbach-Konferenz" am 5. November 1937, in der Hitler die "Beseitigung der Tschechei" nach dem Anschluß Österreichs als ersten Schritt zur sogenannten "Lösung der deutschen Frage" bezeichnete, läßt in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen.

Die Stationen auf dem Wege zum Münchener Abkommen vom 30. September 1938, das auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses von Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich festlegte und den seiner strategischen und wirtschaftlichen Positionen beraubten tschechoslowakischen Reststaat praktisch der Willkür Hitlers auslieferte, können hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Erinnerung sei an die Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938 mit dem dort offen proklamierten Ziel, die 80 Millionen Deutschen Mitteleuropas in einem Staat zu vereinen, die das sudetendeutsche Problem endgültig zur bestimmenden Frage auf der internationalen Bühne machte; an die für den Ablauf der folgenden Monate entscheidende Unterredung Hitlers mit Henlein am 28. März 1938, in der Henlein Hitlers Erklärung, "das tschechoslowakische Problem in nicht allzulanger Zeit zu lösen", mit dem taktischen Konzept verknüpfte, "in den kommenden Verhandlungen immer so viel zu fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können"; an das Karlsbader Aktionsprogramm der Sudetendeutschen Partei vom 23./24. April 1938, das im Sinne dieses taktischen Konzepts ein Einschwenken der Tschechoslowakei in das deutsche Lager verlangte; an die Gemeindewahlen vom Mai 1938, die Henlein rund 90 Prozent der sudetendeutschen Stimmen einbrachten; an den vom Reichspropagandaministerium seit Ende April zielstrebig eskalierten Nervenkrieg, der Gewalttaten und Zwischenfälle provozierte und durch den der Weltöffentlichkeit die - wie es hieß - "unerträgliche soziale und kulturelle Stellung der Sudetendeutschen" suggeriert werden sollte.

Daß dies am Ende seine Wirkung nicht verfehlte und weite Kreise der politisch Verantwortlichen in den westeuropäischen Demokratien in dem Eindruck bestärkte, das tschechoslowakische Problem könne in der Tat nur im Sinne Hitlers durch eine radikale Amputation gelöst werden, ist an der Appeasement-Politik Großbritanniens ebenso abzulesen wie an der halbherzigen und unentschlossenen Außenpolitik Frankreichs, dessen ostmitteleuropäisches Bündnis- und Sicherheitssystem spätestens durch den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 in seinen Grundfesten erschüttert worden war.

Im Schatten der sudetendeutschen Frage entwickelte sich seit Beginn der 30er Jahre auch die slowakische Autonomiebewegung zu einem politischen Sprengsatz vergleichbarer Größenordnung. Die Nichteinlösung des von Masaryk im Pittsburger Abkommen von 1918 den Slowaken gegebenen Autonomieversprechens und die stattdessen platzgreifende, rigide, zentralistische Politik Prags in fast allen slowakischen Belangen hatte schon in den 20er Jahren zu zahllosen heftigen tschechisch-slowakischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Nationalkultur, der Verwaltung und der Wirtschaft geführt. Der Übergang der vom katholischen Landpfarrer Hlinka geführten slowakischen Autonomiebewegung zur Massenbewegung vollzog sich jedoch auch hier erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, die in der ganz überwiegend agrarischen, in fast jeder Hinsicht unterentwickelten Slowakei katastrophale Ausmaße annahm. Gestützt auf den Großteil des niederen Klerus, vermochte die Slowakische Volkspartei nun über die Intelligenz und das städtische Kleinbürgertum hinaus auch die Masse der Kleinbauern, das eigentliche Fundament der slowakischen Gesellschaft, unter einem nationalistisch-klerikalen Programm mit antisemitischen Tendenzen zu integrieren. Geblendet von der Fata Morgana einer völkischen Neuordnung Europas durch das Dritte Reich profitierte die Slowakische Volkspartei bei der Ausweitung ihres innen-

politischen Spielraums in gleicher Weise wie die Sudetendeutsche Partei von der zunehmenden Einengung des Handlungsspielraums der tschechoslowakischen Regierung unter dem Druck des nationalsozialistischen Deutschland. Als Prag in den Tagen des Münchener Abkommens völlig paralysiert schien, riss die Führung der Slowakischen Volkspartei am 6. Oktober 1938 in einem staatsstreichähnlichen Akt die politische Macht im slowakischen Landesteil an sich. Wenige Monate später, im März 1939, entstand von Hitlers Gnaden der sogenannte slowakische Schutzstaat, in dessen Rahmen die achsenfreundliche Slowakische Volkspartei die Rolle eines im ganzen willfährigen Instruments nationalsozialistischer Expansionspolitik übernahm.

Das sudetendeutsche und das slowakische Problem waren nur zwei Faktoren in einer außenpolitischen Gesamtkonstellation, die 1938 in die so gut wie vollständige Isolierung der Tschechoslowakei einmündete. Die britische Appeasement-Politik wurde bereits erwähnt. Der 1935 geschlossene Pakt mit Frankreich und der Sowjetunion erwies sich für die Tschechoslowakei deshalb als nutzlos, weil Rumänien den Durchzug sowjetischer Truppen verweigerte; das ohnehin fragliche Eingreifen der Sowjetunion setzte zudem - nach dem Buchstaben des Paktes - voraus, daß zunächst Frankreich seine Bündnispflicht erfüllte; dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Den Gründen soll an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Die Kleine Entente, in der die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien zusammengeschlossen waren, war 1938 längst zerbrochen, nachdem es der nationalsozialistischen Außen- und Außenhandelspolitik gelungen war, auf dem Balkan mit dem Schwerpunkt in Jugoslawien eine Art "informal empire" aufzubauen.

Wenn man sich diese zunehmend hoffnungslosere Isolierung der Tschechoslowakei vor Augen hält, versteht man besser, daß die innere Situation des Landes im Jahre 1938 durch

eine weitgehende und tiefreichende Lähmung des gesellschaftlich-politischen Lebens gekennzeichnet war; das gilt insbesondere für den bürgerlich-demokratischen und liberalen sowie den sozialistischen Teil der tschechischen und slowakischen Gesellschaft. Von der mährischen Volkspartei über die nationalen Sozialisten und die Sozialdemokratie bis zur Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, den großen demokratischen Massenorganisationen, den Verbänden, Genossenschaften und dem riesigen Apparat der vorwiegend sozialdemokratischen Gewerkschaften bot sich überall das gleiche Bild von Erstarrung und Passivität. Das mag - über die Schockwirkung hinaus, die von der massiven Bedrohung der staatlichen Existenz ausging - auf eine freilich illusorische Taktik zurückzuführen sein, nämlich den Glauben, daß - solange noch über das Schicksal der Tschechoslowakei verhandelt wurde - Hitler nicht durch Gegenwehr und Proteste gereizt werden dürfe, durch Wohlverhalten vielleicht das Schlimmste verhindert werden könne. Plausibler erscheint jedoch die Annahme, daß das politische System schon seit Beginn der 30er Jahre seine Entwicklungs-, Wandlungs- und Adaptionsfähigkeit unter äußerem und innerem Druck mehr und mehr eingebüßt hatte: Außenpolitisch von der Bewahrung des status quo zunehmend in die Defensive gedrängt, verhärtete und verknöcherte es auch innenpolitisch in wachsendem Maße; dafür ist beispielsweise die sozialpolitische Entwicklung ein sehr deutlicher Indikator. Ein zweites gewichtiges Moment, das nur bedingt mit dem außenpolitischen zusammenhängt, kommt hinzu. Der neuzeitliche repräsentative Parlamentarismus hat sich in der Tschechoslowakei nach 1918 nicht durchsetzen können; hierin blieb die Republik ein Erbe der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das Nationalitätenproblem verlangte nach einem politischen Konfliktregelungsmuster, das nicht prinzipiell auf Mehrheitsentscheidungen, sondern auf der Proportionalisierung von Macht beruhte. Daß somit dem politischen System die alternativsetzende praktische Opposition fehlte, Innovation daher nur in be-

grenztem Masse stattfinden konnte, muß in Betracht gezogen werden, wenn man die unübersehbaren Stagnationserscheinungen des gesellschaftlich-politischen Systems schon vor den 30er Jahren und die eigentümliche Situation des Jahres 1938 erklären will.

Ich bin auf diesen Punkt relativ ausführlich eingegangen, weil er eines verständlich machen kann: Wo 1938 antifaschistisch-nationaler Widerstand in organisierter Form stattfand, wurde er von kleinen Gruppen getragen, die nicht in die großen etablierten politischen und gesellschaftlichen Organisationen integriert waren, vielmehr immer an der Peripherie des gesellschaftlich-politischen Systems und nicht selten in Opposition zu diesem gelebt hatten, in jedem Fall vor 1938 nur marginale Bedeutung besessen hatten. Hierher gehören kleine Gruppen des Christlichen Vereins junger Männer, kritische Randgruppen aus der Kirche der Böhmisches Brüder, eine Gruppe linkssozialistischer Intellektueller aus der sozialdemokratischen "Arbeiterakademie", die in scharfem Gegensatz zur Parteiführung stand; nicht zuletzt müssen hier Schriftsteller und Künstler genannt werden. Aus ihren Reihen kam - in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Arbeiterakademie - die größte antifaschistische Protestaktion des Jahres 1938 in der Tschechoslowakei, das sogenannte Manifest der Schriftsteller vom 15. Mai 1938. Ganze Passagen dieses Appells an die Weltöffentlichkeit zur energischen Verteidigung der europäischen Demokratie galten bezeichnenderweise den regierenden tschechischen politischen Parteien, die zu größerer Standhaftigkeit und zur Erfüllung ihrer Pflicht aufgerufen wurden, die staatlich-nationale Existenz der Tschechoslowakei gegen die faschistische Barbarei mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Dieses Manifest hat auch Josef Capek unterzeichnet.

Aus der Gruppe der Mitglieder der Arbeiterakademie entwickelte sich die größte und einflußreichste Widerstandsorganisation im Protektorat Böhmen und Mähren vor 1942. Ihr verdanken wir ein Programm, das um die Jahreswende 1940/41 entstand und zum ersten Mal eine detaillierte sozialistische Entwicklungsperspektive für die Nachkriegszeit entwarf. Im Kern handelte es sich dabei um den Versuch, den humanen Anspruch von Demokratie, den die Erste Tschechoslowakische Republik erhoben hatte, durch eine Form der Vergesellschaftung zu erfüllen, die aus der genossenschaftssozialistischen Tradition der tschechischen und slowakischen Arbeiterbewegung hergeleitet wurde. Dieses Programm geriet 1945 in Vergessenheit und wurde erst 1968 wiederentdeckt, als sich die Möglichkeit einer Alternative zum herrschenden etatistisch-bürokratischen Sozialismus zu eröffnen schien.

Peter Heumos

c) Kolloquium zur polnischen Arbeiterbewegung 1970 - 1981

Die polnische Arbeiterbewegung in den Jahren 1970 bis 1981 war Gegenstand eines ganztägigen wissenschaftlichen Kolloquiums, das am 22. Juni 1982 vom Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Verbindung mit der Bochumer Zweigstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde veranstaltet wurde. Wenn auch der Plan zur Durchführung des Kolloquiums unter dem Eindruck der Entwicklungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts entstanden war, so dokumentierte die Veranstaltung zugleich das vielfältige und nicht nur kurzfristige wissenschaftliche Interesse, das die polnische Thematik an der Ruhr-Universität findet. Bewußt waren die Ereignisse seit dem August 1980 in einen weiteren zeitgeschichtlichen Rahmen gestellt worden, um sie einer möglichst rationalen Auseinandersetzung zugänglich zu machen - eine Aufgabe des Kolloquiums, die auch Prorektor Professor Stratmann in seinen Begrüßungsworten unterstrich.

Seiner interdisziplinären Zielsetzung entsprechend führte das Kolloquium über 40 Teilnehmer aus verschiedenen Abteilungen der Ruhr-Universität sowie auswärtige Gäste, z. B. von der IG Metall in Frankfurt und der Universität Münster, zu einer intensiven und engagierten Diskussion zusammen. Die - ebenfalls auswärtigen - Referenten zeigten zum einen den allgemeinen historischen Kontext des Themas auf und beleuchteten zum anderen speziellere Fragestellungen des Verhältnisses zwischen Arbeiterbewegung und ihrem gesellschaftlich-politischem Umfeld. Ein vorgesehener Beitrag zum Verhältnis des DGB zur polnischen Arbeiterbewegung mußte leider wegen Erkrankung des Referenten ausfallen.

Die Vorgeschichte der Streikbewegung des August 1980 und der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung "Solidarność" stellte einleitend Prof. Dr. Christoph Klessmann (Bielefeld) dar. Ausgehend von der bildhaften Gestaltung

auf einem Solidarność-Plakat zeichnete er die "Fieberkurve" politischen Protests und Aufbegehrens in Polen seit 1944 nach. Für die 70er Jahre konstatierte er einen rapiden Autoritätsverfall der Partei- und Staatsführung, der zusammen mit dem Vertrauensschwund der etablierten Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung der "Solidarność" gebildet habe, einer für das kommunistische System singulären Erscheinung, die als Massenbewegung den Rahmen einer Gewerkschaft sprengte und den Führungsanspruch der Partei in Frage gestellt habe.

Dr. Peter Raina (Freie Universität Berlin) ging dem Verhältnis der katholischen Kirche zur polnischen Arbeiterbewegung nach. Er charakterisierte die Kirche als einzige Institution, die bei den Arbeitern Vertrauen genieße. Während der Streikbewegung habe sie zwar die Arbeiter unterstützt, jedoch stets zur Besonnenheit gemahnt. Neben der politischen stellte er vor allem die moralische Funktion der Kirche aufgrund ihrer nationalen Rolle in der polnischen Geschichte heraus.

Den Prozeß der Solidarisierung der Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung, insbesondere nach 1976, und ihren Anteil an der Gründung der "Solidarność", untersuchte Helga Hirsch (Universität Bremen). Die Intellektuellen seien nicht als "theoretische Vordenker" gefragt gewesen, sondern als beratende Fachleute; angesichts der Radikalisierung der Basis sei ihr Einfluß auf die Richtung der Entwicklungen gering geblieben.

In der Diskussion - deren Ergebnisse sich nicht auf einen knappen inhaltlichen Nenner bringen lassen - wurden die künftigen Chancen eines, wenn auch begrenzten, gesellschaft-

lichen Pluralismus in Polen mit verhaltenem Optimismus beurteilt. Zugleich wurde daran erinnert, daß es in der gegenwärtigen Situation besonders wichtig ist, die Kontakte zu polnischen Kollegen und zu den Menschen in Polen nicht abreißen zu lassen.

Friedrich Kuebart